

Gegen die Bedrohung der Gemeinnützigkeit politischer Organisationen

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG DES LANDESJUGENDRINGS AM 14.11.2020

Der Landesjugendring beobachtet die zunehmende Bedrohung der Gemeinnützigkeit politisch aktiver Organisation mit Besorgnis. Wir vertreten die Auffassung, dass politische Bildung und politische Meinungsäußerung für Vereine ohne Gefahr der Existenzgrundlage Gemeinnützigkeit erlaubt bleiben müssen und erklären uns solidarisch mit den Organisationen, denen in letzter Zeit u.a. mit der Begründung der politischen Betätigung, die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde.

Wir als Landesjugendring machen uns für die Vielfalt der Kinder- und Jugendarbeit stark und setzen uns gemeinsam mit anderen Akteuren auf Landes- und Bundesebene dafür ein, die Abgabenordnung und den Anwendungserlass zur Abgabenordnung so zu ändern, dass gesellschaftliche und politische Bildung im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Organisationen erlaubt ist, ohne dass dadurch die Gemeinnützigkeit gefährdet ist.

Der Vorstand des Landesjugendrings setzt sich gegenüber der Landespolitik für diese Position ein. Weiterhin prüft er, ob eine Mitgliedschaft in oder Zusammenarbeit mit der „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ für den Landesjugendring sinnvoll ist und tritt gegebenenfalls bei.

Der Vorstand des Landesjugendrings berichtet hierüber auf Frühjahrs-VV 2021.

Stuttgart, den 14.11.2020